

Bürgermeister Werner Kolter  
Rat der Kreisstadt Unna  
Rathausplatz 1  
59423 Unna

Unna, 20. Februar 2018

## Antrag zur Änderung der Haushaltskonsolidierungskommission

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
die Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, Freie Liste Unna, Die LINKE und FDP beantragen hiermit den AK Haushaltskonsolidierung zeitnah wie folgt zu ändern um den Prozess effektiver und transparenter zu gestalten:

- Einbringen aller Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung betreffend freiwillige und pflichtige Ausgaben zu einem noch festzulegenden Stichtag.
- Einbringen von Sparvorschlägen der Fraktionen und Fraktionslosen ebenfalls zum Stichtag.
- Aufbereitung aller Vorschläge und deren übersichtliche Darstellung durch die Verwaltung (Tabellarische Auflistung ähnlich wie bei den regelmäßigen Haushaltsberatungen).
- Beratung in den Fraktionen.
- Terminierung einer oder mehrerer öffentlicher Ratssondersitzungen zur Beratung mit allen Ratsmitgliedern.

Durch diese Verfahrensweise erreichen wir:

- Zeitersparnis sowohl für die Verwaltung als auch für die Mitglieder des AK's
- Vermeidung von Doppelberatungen und vor allem
- Transparenz und umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

**Charlotte Kunert**  
*B90 / Die Grünen*

**Klaus Göldner**  
*FLU*

**Petra Weber**  
*Die LINKE*

**Günther Schmidt**  
*FDP*

## Begründung

die Haushaltssituation der Kreisstadt Unna ist aus mehrfach in den Gremien dargestellten Gründen seit Jahren angespannt. Der fortschreitende Eigenkapitalverzehr und die Verpflichtung, einen Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2020 zu erreichen, zwingt nunmehr zu einschneidenden Konsolidierungsmaßnahmen. Aus diesem Grunde hat der Rat in seiner Sitzung am 14.12.2017 beschlossen, eine Haushaltssicherungskommission zu bilden, die sich aus Mitgliedern aller im Rat vertretenen Fraktionen zusammensetzt. Bis Ende Juni dieses Jahres soll die Kommission Vorschläge zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes erarbeiten.

Die Arbeitsweise der Kommission stellt sich wie folgt dar:

Alle 14 Tage tagen die Mitglieder an einem Vormittag für ca. 2 bis 3 Stunden. Arbeitsgrundlage ist zunächst die vorliegende Liste der freiwilligen Ausgaben der Stadt. In einem weiteren Schritt sollen dann auch Konsolidierungsmöglichkeiten bei Pflichtaufgaben geprüft werden. Die jeweils zuständigen Verantwortlichen der Verwaltung referieren über Art und Umfang der einzelnen Ausgabepositionen und machen gegebenenfalls einen Sparvorschlag. Die Mitglieder der Kommission stimmen darüber ab und der nächste Posten wird aufgerufen. Wenn dann in Monaten alle Ausgaben auf dem Prüfstand waren, sollen die Ergebnisse zusammengefasst in die Fraktionsberatungen gehen. Ein Konsolidierungspaket soll dann vom Rat am 28. Juni verabschiedet werden.

Die Sitzungstermine an Vormittagen sind jedoch insbesondere für berufstätige Mitglieder der kleineren Fraktionen höchst problematisch, da sich die Arbeit naturgemäß auf einzelne Ratsmitglieder konzentriert.

Die Kommission tagt nicht öffentlich. Dennoch werden die Mitglieder nach den Sitzungen regelmäßig von den Medien kontaktiert und befragt. Bei diesen brisanten Themen, bei denen es immer um Kürzungen von Leistungen und/oder die Erhöhung von Abgaben geht, ist das Informationsbedürfnis der Mitbürgerinnen und Mitbürger besonders groß. Auch vor dem Hintergrund der hier und da dennoch durchsickernden Informationen, steigt der Druck auf die Kommissionsmitglieder ständig.

Die Verwaltung kommt regelmäßig sehr gut vorbereitet in die Sitzungen. Sie unterbreitet ihrerseits die von ihr erarbeiteten Sparvorschläge und stellt sie zur Abstimmung. Bei den kleineren Fraktionen entsteht dabei oftmals der Eindruck, dass die größeren Fraktionen im Vorfeld über mehr Hintergrundinformationen verfügen.

Die Kommission ist kein Beschlussorgan. Die Ergebnisse sind später nochmals in den Fraktionen zu beraten, wobei erfahrungsgemäß zusätzlicher Beratungsbedarf entsteht. Dieses Verfahren ist sehr zeitaufwändig. Es kommt zu Doppelberatungen, die vermeidbar wären.